

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 26. Januar 1932

Nummer 21

## Die Eisenbahner-Delegation bei der Dresdner Stadtverwaltung

# Verhöhnung der Not der Arbeiter

Das ist die Antwort der Stadtverwaltung. Stadtrat Richter mit mehr als 13 000 M Jahresgehalt erklärt: Seien Sie froh, noch 40 Stunden wöchentlich für 18 M zu arbeiten. Bericht darüber in den Betrieben. Schmiedet die rote Einheitsfront

Die von den Dresdner Eisenbahnern auf einer Reihe von Dienststellen gewählte Delegation überbrachte gestern der Stadtverwaltung die Eisenbahnerforderung auf sofortige Aufhebung der Bürgersteuer. Die Verhandlungen, die von den Eisenbahnern mit dem Stadtrat Richter und dem Steuerdirektor Jarreis geführt wurden, dauerten eine Stunde.

In diesen Verhandlungen hat sich erneut bestätigt, daß die Dresdner und alle anderen Kommunalverwaltungen, genau so wie die Schiedsregierung, als Organe und Teil des Staatsapparates der Bourgeoisie keine und sei es nur die geringste Forderung der Arbeiter erfüllen. Im Gegenteil. Die Verhandlungen haben den anwesenden Eisenbahnern mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß sie in ihrer Not und ihrem Elend nur noch verhöhnt werden.

Das kam besonders in den Antworten des Stadtrats Richter zum Ausdruck. Alle diese Vertreter des Staatsapparates und der kommunalen Behörden, von den Nazis bis zur SPD, vertreten rücksichtslos die Interessen der Bourgeoisie, die eine immer schärfere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter fordert.

Das wird sich auch im sächsischen Landtag zeigen, der heute zu dem siegreichen kommunistischen Volksbegehren und zu den Aufführungsanträgen der kommunistischen Fraktion Stellung nehmen muß. Genau so wie die Sozialdemokratie sich als Hauptstütze und bester Helfer der Brüningregierung bei dem Erlaß und der Durchführung betätigt, wird sie auch, getreu ihrer bisherigen Politik in Sachsen die Schiedsregierung bei der Ablehnung des kommunistischen Aufführungsantrages unterstützen.

Die Hitler bis Weis, von Ruffschman bis Artz-Krumb, von Kehr bis Köhler-Franke, das ist die Front der sächsischen Notverordnungen, des Lohnabbauers, der Steuererhöhungen und der Arbeitsverdrängungen. Das ist auch die Front des sächsischen Reichspräsidentenkandidaten Hindenburg.

Alle Verhandlungen mit dieser Klassenfront der Bourgeoisie sind historisch und brutal ihren Machtwillen durchsetzt, alle parlamentarischen Verhandlungen sind zwecklos.

Die Leute müssen sowohl die Eisenbahner als auch die Arbeiter der anderen Betriebe aus den Verhandlungen der Eisenbahnerdelegation mit der Dresdner Stadtverwaltung ziehen. Die Vertreibung und Vertiefung dieser Leute auf allen Arbeitsstellen und in allen anderen Betrieben, das ist die Aufgabe aller Delegationsmitglieder, aller Kommunisten und aller Arbeitersolidarität. Dieser Aufführungsarbeit muß es gegenüber der sächsischen Front der Bourgeoisie die Klassenfront der Arbeiter zu errichten. Nur so wird es möglich sein, Hunger, Not und Elend der Arbeiter zu befeitigen und die Lebenshaltung und Existenz der Arbeiter zu sichern. Wir erwarten hierbei besonders an den Aufruf des Zentralkomitees der KPD zur Bildung der roten Einheitsfront der besonders an die Arbeiter gerichtet war. In dem Aufruf heißt es:

„Die kommunistische Partei wendet sich an euch, Arbeiter der KPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, darüber hinaus an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, mit dem Appell zum gemeinsamen Kampf in der roten Einheitsfront gegen den Kapitalismus, gegen den Faschismus.“

Wir schlagen euch vor, gemeinsam mit den Arbeitern der kommunistischen Partei, der KPD, aller revolutionären Massenorganisationen und den Unorganisierten die Einheitsfront des Kampfes für die dringlichsten Lebensforderungen gegen die kapitalistische Ausbeutung und sächsischen Unterdrückung zu schaffen.

Es gilt die rote Einheitsfront zu bilden: gegen jeden Pfennig Lohn-, Gehalts- und Unterdrückungsabbau!

Für Massenaktionen für Arbeit und Brot, für Winterhilfe gegen die Erwerbslosen und aller Notleidenden!

Für gemeinsame Schutzklassen aus Arbeitern aller Richtungen gegen den sächsischen Terror!

Für uneingeschränkte proletarische Demonstrationen, Koalitionen- und Pressefreiheit!

Für die Aufhebung aller Notverordnungen!

Für die Aufhebung des Verbotes des antifaschistischen Notes, Zentraler Kampfbundes!

In diesem Sinne normiert zur Bildung der Klassenfront der Proletarier gegen die Front der Bourgeoisie, der auch die „Eiserne Front“ der SPD und Gewerkschaftsbürokratie angehört. Nur durch die rote Einheitsfront unter Führung der KPD und KPD kann die Existenz der Arbeiterklasse gesichert und Arbeit, Brot und Freiheit für alle Werktätigen erkämpft werden.

Küßel in allen Betrieben für diese Forderungen, für den roten Volksentscheid zur Befestigung der Schiedsregierung und zur Reichspräsidentenwahl für den Kandidaten der Arbeiterklasse, Thälmann!

## Der Bericht der Eisenbahner-Delegation

Von der Delegation erhalten wir folgenden Bericht:

Am 26. Januar suchte eine Delegation von 15 Eisenbahnern den Stadtrat wegen der Bürgersteuer für die unteren Schichten der Eisenbahner auf. Neben den 15 Delegierten waren anwesend Stadtrat Richter und Steuerdirektor Jarreis. Genosse Barth von der Güterabfertigung Dresden-Alstadt begründete die Forderung der Eisenbahner auf Erlass der Bürgersteuer. Er wies nach, daß die Löhne der Eisenbahner die Jahresunterstützung teilweise unterschreiten.

Stadtrat Richter erwiderte darauf, die Eisenbahner fänden doch noch besser als die Industriearbeiter, die kurz arbeiteten.

Ein Delegierter erwiderte dem Stadtrat Dr. Richter, daß er beim Bürgeramt Unterstützung beantragen muß, da er von dem Lohn keine Familie nicht ernähren könne. Sollte ihm keine Unterstützung gewährt werden, dann lebe er sich gezwungen, der Fürsorge keine Kinder vor die Tür zu setzen, weil es ihm nicht möglich sei, sie zu ernähren. Ein anderer Genosse erklärte, daß ihm nach Abzug der Miete wöchentlich 3 bis 3,50 Mark für jedes Familienmitglied zum Lebensunterhalt bleibt.

Herrn Stadtrat Richter war diese Diskussion sichtlich unangenehm. Anstatt zu helfen frag er ob die Delegation gekommen sei um einzeln ihre Familienelend zu schildern. Auf die Erklärung des Genossen Barth, daß das Erscheinen der Delegation eine Demonstration der Not und des Elends sei, erhielt er von Richter folgende höhnische Antwort:

Die Eisenbahner sollten doch froh sein, überhaupt noch 40 Stunden wöchentlich für 18 Mark arbeiten zu dürfen.

Die Protokolle der Delegation zu diesen Ausführungen leitete Herr Richter, daß die Eisenbahner keine Lust haben unter diesen Lohnverhältnissen zu arbeiten. Stadtrat Richter erklärte weiter, daß die Bürgersteuer nur erhöht worden ist, um die miserablen Stadtfinanzen in Ordnung zu bringen. Ein Genosse geißelt, daß die Stadtverwaltung durch die Bürgersteuer die Finanzen auf Kosten der Arbeiter ordnen will. Auf die Aufforderung Richters ihm einen anderen Ausweg zu folgen, antwortete Genosse K. man hätte schon längst sparen können und zwar bei Fuchsenempfangen (Aman Wlad - Aus.), bei dem Köhl-Häufel-Klammal sowie beim Hindenburgempfang. Tausende von Mark wären dem Rat erspart geblieben. Außerdem könne durch Einführung einer Millionärsteuer allerhand für das Stadtbüchel herbeigeholt werden.

Der mitnehmende Steuerdirektor Jarreis führte dann aus wer 1930 keine Einkommensteuer gezahlt hätte, wäre sonst von der Bürgersteuer ausgenommen und eine generelle Befrei-

gung der Bürgersteuer für die Eisenbahner könne gar nicht in Erwägung gezogen werden.

Die Delegierten werden in den Betrieben über diese Verhandlung berichten. Die Delegation hatte nicht erwartet vom Stadtrat Dr. Richter mit offenen Armen empfangen zu werden. Die Delegation erwartete auch keine Zugeständnisse von diesen Herren, die ja für die Not der Arbeiter nicht das mindeste Verständnis aufbringen können, mit ihren Jahresgehältern von 10000 und noch mehr Mark. Die Eisenbahner werden zu antworten wissen und die rote Einheitsfront selber schließen zum Kampf für ein menschenwürdiges Dasein und zum Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterklassen.

## Die „eiserne Front“ in der Front des Faschismus

Die Führer der Sozialdemokratischen Partei und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie haben eine verächtliche Vergangenheit: Seit fast zwei Jahrzehnten arbeiten sie offen als Agenten der Kapitalistenklasse, die in der Arbeiterklasse die Politik der Bourgeoisie durchsetzen, den Kapitalismus unter besonders ungünstigen Umständen auch mit Reichsinstrumenten verteidigen, die die sächsischen Notverordnungsbehörden unterstützen, die jetzt auch die „Notwendigkeit“ des Lohnabbauers vor den Arbeitern verteidigen und als Organisatoren des Streikbruchs gegenüber den streikenden Arbeitern auftreten. Leute mit einer solchen Vergangenheit, die fähig und entschlossen sind, die Arbeiterklasse schamlos zu verraten, können nicht hoffen, daß die Arbeiter ihnen noch weiter vertrauen. Es ist der alte Trick entlarvter Gauner und Hochstapler, daß sie ihre alte Täuschung unter einem anderen Namen fortsetzen. Jetzt nennen sich die SPD, die Partei des Klassenverrats, die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, das Reichsbanner zum Schutze der Kapitalistenklasse: „Eiserne Front“!

In welcher Klassenfront steht die „Eiserne Front“?

Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern, daß sich die Arbeiter gegen den Lohnabbau, gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und anderer sozialer Einrichtungen, gegen die politische Unterdrückung, gegen die Anhebung der kommunalistischen Preise, gegen das Versammlungs- und Demonstrationsverbot zur Wehr setzen. Wer für die Arbeiterklasse ist, wer für ihre Interessen eintritt und vorkämpft, dafür zu kämpfen, der kann nichts anderes tun, als sich für den entscheidenden Kampf der Arbeiter um diese Forderungen, für den Kampf gegen das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen. Wer den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus will, der muß den Kampf gegen den Kapitalismus wagen, denn der Faschismus ist nicht eine „besondere“ Kraft zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse. Der Faschismus ist eine Form der Herrschaftsmethoden, der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Klasse der Kapitalisten in der gegenwärtigen Situation.

Die Nationalsozialisten sind nicht eine besondere Klassenpartei des Kleinbürgertums, und das Kleinbürgertum ist nicht die Klasse, die den Faschismus erzeugt, wie die SPD-Führer behaupten. Die Nazis sind ein Instrument der herrschenden Klasse. Die Kapitalisten haben die Hitlerbewegung großemapselt. Sie finanzieren die SA-Korpsformationen. Die Nationalsozialisten sind nur ein Teil des Faschismus. Die Dollfußregierung Brüning-Groener, die Regierung Braun-Seuering in Preußen, die Schiedsregierung in Sachsen, der ganze Reichs- und Staatsapparat ist der wichtigste Teil, das Kernstück des sächsischen Systems. Wer den Kampf gegen den Faschismus will, muß eine prinzipielle Stellung gegen die gesamte sächsische Front, gegen den Faschismus in seiner Gesamtheit und damit auch ge-

## „Eiserne“ Hindenburgfront — oder rote Einheit?

Öffentl. Massenversammlungen am Dienstag, dem 26. Januar, 19.30 Uhr im Keglerheim, Friedrichstraße  
Gasthof Dobritz, Gasthof Wölitz, Gasthof Stetzsch, Gasthof Blasewitz, Gasthof Wilder Mann  
Es sprechen die Landtagsabgeordneten Renner, Siegel, Sindermann, Mätzig; die Stadtverordneten Schneider, Neuhof, Schrapel, Gäbel, Dr. Helm, Stadtrat Gruner und der rote Betriebsrat Dentsch